



www.chinainfostelle.de • Agathe-Lasch-Weg 16 • D-22605 Hamburg • k.fiedler@chinainfostelle.de • Tel: +49-(0)40-88181-313

Nr. 36/Juni 2016

Zum 1. Januar 2017 tritt in China ein Gesetz in Kraft, das die Aktivitäten ausländischer nichtstaatlicher Organisationen auf dem chinesischen Festland regelt. Darunter fallen neben klassischen NGOs auch Stiftungen, Bildungsinstitutionen und andere nichtstaatliche Akteure. Bereits im Vorfeld hatte das geplante Gesetz sowohl in China als auch im Ausland heftige Diskussionen ausgelöst. Kritiker befürchten erhebliche Einschränkungen nicht nur für ausländische Organisationen, sondern grundsätzlich stark eingeschränkte Arbeits- und Entwicklungsmöglichkeiten für die chinesische Zivilgesellschaft. Im folgenden dokumentieren wir beispielhaft einen Text aus einem chinesischen Massenmedium zum Thema. Huanqiu Shibao gehört dem offiziellen chinesischen Medienapparat an und wurde 2007 als Ableger von People's Daily (people.com/Volkszeitung) und Global Times gegründet.

Höhere Schwellen für fast zehntausend ausländische NGOs in China

Die Gesetzgebung begibt sich in nicht traditionelle Sicherheitsbereiche

Ein neues Verwaltungsgesetz wird es ausländischen NGOs in Zukunft unmöglich machen, in einer Grauzone zu agieren. Die Reaktion der Außenwelt, „das neue Gesetz ist so gut wie ein zwingendes Verbot von NGOs und schränkt ausländische NGOs darin ein, in China aktiv zu werden“, wird zurückgewiesen. Zahlreiche Experten betonen im Interview mit *Huanqiu Shibao*, dass das neue NGO-Verwaltungsgesetz dem Gedanken der Gesetzesherrschaft entspricht und vor diesem entwickelt und verabschiedet wurde.

In der westlichen öffentlichen Debatte hatte eine Vorschrift größere Kontroversen ausgelöst, nach der das dem Staatsrat unterstellte Ministerium für Öffentliche Sicherheit und die Behörden für Öffentliche Sicherheit auf Provinzebene die Behörden sind, welche die Aktivitäten ausländischer NGOs in Festlandchina registrieren und verwalten. Dazu sagt Professor Wang Cunkui von der People's Public Security University of China gegenüber den Journalisten von *Huanqiu Shibao*, die Sicherheitsbehörden verantworteten an sich bereits sehr viele Angelegenheiten im Zusammenhang mit Ausländern, zum Beispiel Aufgaben wie die Verwaltung ihrer Ein- und Ausreisen und ihre Bewegungen im Land, und die Beteiligung der Sicherheitsbehörden bedeute, dass man zur Entwicklung ausländischer NGOs in China

Redaktion: Dr. Katrin Fiedler

Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Die **China InfoStelle** ist ein gemeinsames Projekt der folgenden Werke:

Evangelische Mission in Solidarität (EMS), Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung – Brot für die Welt, Evangelisches Missionswerk in Deutschland (EMW), Mission EineWelt - Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evang.-Luth. Kirche in Bayern (MEW), Zentrum für Mission und Ökumene (ZMÖ), Vereinte Evangelische Mission (VEM).

中國文化項目
China
InfoStelle
CHINA INFORMATION DESK

noch besser beitragen könne. Wang Cunkuis Erklärungen zufolge befinden sich unter den gegenwärtig in China aktiven ausländischen NGOs mehrere Hundert, die vor dem Hintergrund politischer Infiltration agieren. Einige von ihnen benutzen Maßnahmen wie Kulturaustausch oder Stipendien und Fortbildung für ideologische Infiltration, sie sammeln Staatsgeheimnisse und bilden in unserem Land Agenten des Westens und eine politische Opposition heran; einige von ihnen beteiligen sich an, planen oder unterstützen politische Aktionen auf der Straße und ethnischen Separatismus. Einige mischen sich in interne Widersprüche unseres Volkes ein, rufen unter dem Schlagwort des Schützens von Grundrechten nach Unterstützung und entfachen öffentliche Diskussionen, sie stiften Verwirrung in der öffentlichen Meinung und befördern einen Antagonismus zwischen den Massen und der Partei mit der Regierung. Alle diese Aktivitäten bringen eine Bedrohung der politischen Sicherheit und Stabilität unseres Landes mit sich. Ein jüngstes Beispiel ist der Fall des schwedischen Staatsbürgers Peter Dahlin, der für die Chinese Urgent Action Working Group tätig war und im Januar dieses Jahres verhaftet wurde unter der Anklage, man verdächtige ihn krimineller Aktivitäten, die sich gegen die Sicherheit des chinesischen Staates richteten. Einem öffentlichen Geständnis von ihm zufolge hatte seine Organisation in einem fort im Gewand einer NGO agiert, ohne bei irgendeiner zuständigen Behörde registriert gewesen zu sein oder Vorgänge angemeldet zu haben.

Dass ausländische NGOs unter Aufsicht gestellt werden, spielt sich auch vor einem größeren internationalen Kontext ab, in dem man der staatlichen Sicherheit größere Bedeutung beimisst. Assistenzprofessor Jia Xijin der School of Policy and Public Management an der Qinghua-Universität äußert gegenüber *Huanqiu Shibao*, die „Farbrevolutionen“ Anfang dieses Jahrhunderts hätten ausländische NGOs ins Visier des Staates gebracht und gäben den Grundton für die Vorstellung von diesen an. Huang Haoming, Generalsekretär und Vizevorsitzender der China Association for NGO Cooperation (CANGO), erklärt: „Jeder Staat hat gewiss seine eigene Gesetzgebung mit Blick auf unterschiedliche Sicherheitsthemen. Das neue Verwaltungsgesetz für ausländische NGOs bringt auch zum Ausdruck, dass sich die chinesische Gesetzgebung vermehrt von traditionellen Sicherheitsbereichen wie dem der territorialen Sicherheit hin zur Kultur und anderen nicht traditionellen Sicherheitsbereichen bewegt, die potentiell die Sicherheit des Staats beeinträchtigen können.“

Ausländische finanzielle Unterstützung für chinesische NGOs wird wahrscheinlich abnehmen

Im Interview mit *Huanqiu Shibao* äußert der Leiter einer Hongkonger Arbeits-NGO, der ungenannt bleiben möchte, die Sorge, das neue Verwaltungsgesetz für NGOs könne Vorurteile gegenüber ausländischen NGOs schüren. Er sei der Meinung, dass für chinesische und ausländische NGOs gleiche rechtliche Vorgaben geschaffen werden sollten. Noch ließe sich nicht sagen, welchen Einfluss das neue Gesetz auf die Aktivitäten ausländischer NGOs in China haben werde, aber er glaube, „dass die Schwelle für alle Glieder in der Kette wie die Registrierung, das Ausüben von Aktivitäten und das Fundraising höher als in der Vergangenheit liegen wird.“

Ein Teil der NGO-Vertreter bringt gegenüber den Journalisten zum Ausdruck, einige Formulierungen im Gesetz seien relativ vage und es gebe undeutliche Passagen. Zum Beispiel verbiete das Gesetz zwar ausländischen NGOs Aktivitäten, „welche die staatliche Sicherheit gefährden oder staatliche Interessen verletzen“, aber es gebe keine Kriterien, anhand derer diese Handlungen spezifiziert oder definiert würden. Dazu sagt Huang Haoming, vielleicht müsse der oberste Gesetzgeber noch in Erscheinung treten und hinsichtlich des Gesetzes konkrete Standards und Handlungsanleitungen vorgeben, sodass ausländische NGOs sich auf das formale Inkrafttreten des Gesetzes im nächsten Jahr vorbereiten können. Huang

Haoming: „Die Tatsache, dass ausländische NGOs den gesetzlichen Anforderungen entsprechend mittels relevanter Dokumente berichten, um Genehmigung bitten und Fachpersonal einstellen müssen, wird insgesamt die Kosten für ihre Operationen erhöhen. Ein Teil der NGOs wird sich möglicherweise aus China zurückziehen. Die Zusammenarbeit von ausländischen und chinesischen NGOs wird möglicherweise schwieriger.“

Zur Zeit belaufen sich die Gelder für Aktivitäten, die durch ausländische NGOs jährlich nach China fließen, auf mehrere Hundert Millionen Dollar. Weil das neue Gesetz vorschreibt, dass „ausländische NGOs, die keine Repräsentanz registriert haben und keine Akte für zeitweise Aktivitäten haben anlegen lassen, auf dem chinesischen Festland keine Aktivitäten durchführen dürfen oder irgendwelche Einheiten oder Einzelpersonen mit Aktivitäten in Festlandchina beauftragen, verdeckt beauftragen oder diese dafür unterstützen dürfen“, gibt es auch Branchenvertreter, die schätzen, dass das Gesetz einen ausgesprochen großen Einfluss auf die Geldflüsse ausländischer NGOs nach China haben wird. Einer im November 2015 veröffentlichten Studie zum Ranking chinesischer Stiftungen zufolge gingen bereits im letzten Jahr die von seiten ausländischer Stiftungen und ähnlicher Geldgeber unterstützten Aktivitäten in großem Ausmaß zurück; die Zahl der Geldgeber sei um fast Dreiviertel gefallen. Das von fünf chinesischen gemeinnützigen zivilgesellschaftlichen Organisationen gemeinsam initiierte Ranking kommt im Bericht zu der Einschätzung: „Den Ergebnissen dieser Studie zufolge kamen der rapide Rückgang der Zahl ausländischer Geldgeber sowie der schwache Entwicklungstrend schneller und stärker als erwartet. Dies erfordert objektiv, dass inländische Stiftungen schneller und besser die Funktion ausfüllen müssen, die treibenden Kräfte unter den zivilgesellschaftlichen gemeinnützigen Organisationen zu unterstützen.“ Zwar gibt es neuere Entwicklungen, aber ausländische Geldgeber sind immer noch führend in der finanziellen Unterstützung. Bei einer Reihe von Indikatoren überflügeln ausländische Geldgeber inländische Stiftungen, wie „Können am besten zum Capacity Building von zivilgesellschaftlichen gemeinnützigen Organisationen beitragen“, „Können am besten auswärtige Ressourcen für zivilgesellschaftliche Organisationen anziehen“ und „Respektieren zivilgesellschaftliche gemeinnützige Organisationen am meisten“.

Einige Experten sagen zu den Gründen für den rapiden Rückgang ausländischer Stiftungen, mit der in den letzten Jahren schrittweise angestiegenen Wirtschaftskraft und den Kapazitäten Chinas und angesichts der Entwicklungen im Bereich der gemeinnützigen Arbeit seien einige ausländische Stiftungen der Ansicht, dass China ausländische Hilfe nicht mehr so sehr benötige, und transferierten ihre Gelder und Arbeitskräfte in die sich vergleichsweise langsam entwickelnden Regionen Afrika und Lateinamerika. Außerdem berücksichtigten internationale Organisationen auch das rechtliche Umfeld in jedem Land. Assistenzprofessor Jia Xijin der School of Policy and Public Management an der Qinghua-Universität: „Wenn das rechtliche Umfeld in einem Land die finanzielle Unterstützung kompliziert und ungewiss macht, können sich internationale Organisationen aus strategischen Abwägungen heraus für die einfachere Strategie entscheiden. Hier verhält es sich genauso wie mit den Gründen für die Ortswahl bei einem Unternehmen.“

Wie sich einheimische NGOs vor diesem Hintergrund ausreichend inländische finanzielle Unterstützung sichern und das Problem von Entwicklungsengpässen lösen können, bedarf daher dringender Aufmerksamkeit. Die in Shenzhen ansässige Servicestelle für Arbeitsdispute „Frühlingswind“ (深圳春风劳动争议服务部) ist eine chinesische NGO, die finanzielle Unterstützung von ausländischen gemeinnützigen Arbeiterorganisationen erhält, deren Leiter Zhang Zhiru gegenüber *Huanqiu Shibao* erklärt, er sei sehr besorgt angesichts der Frage der Finanzquellen nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes im Januar nächsten Jahres.

Wang [sic] Zhiru sagte: „Das neue Gesetz verlangt von ausländischen NGOS, dass sie sich von den örtlichen Behörden überprüfen und genehmigen lassen und eine professionelle Aufsichtsbehörde finden, aber in der praktischen Anwendung wollen viele Aufsichtsbehörden die Verantwortung für diese Dinge nicht übernehmen. Diese in China nicht registrierten ausländischen NGOS werden in Zukunft nicht anders können, als ihre Gelder aus China zurückzuziehen; dies wird Graswurzel-NGOs beeinträchtigen.“ Wie er erklärte, hatte die in Shenzhen ansässige Servicestelle für Arbeitsdispute „Frühlingswind“ Anfang 2015 das Annehmen von Projektgeldern von ausländischen gemeinnützigen Arbeiterorganisationen eingestellt und versucht, mittels Fundraising im Inland Arbeit in den Bereichen Arbeiterwohlfahrt und Schutz von Grundrechten durchzuführen, aber aufgrund von Schwierigkeiten beim Fundraising sei man im Oktober vergangenen Jahres zur finanziellen Unterstützung durch ausländische gemeinnützige Arbeiterorganisationen zurückgekehrt.

Quelle: 环球时报 *Huanqiu Shibao*, 1.6.2016, online abrufbar unter:
http://world.huanqiu.com/exclusive/2016-06/8996332_2.html



Zwischen den Welten: Deutsche in China – Chinesen in Deutschland

Studientagung der Deutschen Ostasienmission (DOAM) 2016
gemeinsam mit Evangelische Mission in Solidarität, Mission EineWelt, China InfoStelle und
Chinabrücke e. V.

3.-5.10.2016, Neuendettelsau – Anmeldung über Mission EineWelt